



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B., H.: Die sächsischen Reichstagwahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Klagen. Der Grund dieser Klagen kam aber den Herren nicht zum Bewußtsein, der Grund, daß Berlin kein Ort für eine Universität mehr ist, wenn man nicht den Muth hat, gleich die Reservirung eines Stadtviertels für die Universität zu fordern. Ein Muth übrigens, der, wenn er ans Ziel führte, nur erst die Beseitigung der untergeordneten äußerlichen Uebelstände bewirken würde. — Das schon früher bei der Berathung des Staatshaushaltes erwähnte Verlangen, dessen Fürsprecher die Abgeordneten Virchow und Richter sind, auf Erlaß eines sogenannten Comptabilitätsgesetzes kam wieder zur Sprache aus Anlaß eines Richter'schen Antrages zu den sämtlichen Besoldungstiteln des Staatshaushaltes. Der Finanzminister machte die Vorlegung eines solchen Gesetzes von dem Ausfall der Berathung über das analoge Gesetz im Reichstag abhängig. Diese Erklärung führt zu dem Beschluß des Hauses, den Richter'schen Antrag in die Commission zurück zu verweisen. — Der Gehérentwurf über die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe wurde in zweier Berathung angenommen. — Die Berathung der Ausgaben für das Ministerium des Innern führt nur zu untergeordneten Plänkeleien ohne Folge. Dasselbe ist der Fall mit einer ultramontanen Interpellation über das Verfahren der Regierung gegen den Mainzer Katholikenverein. C—r.

Die sächsischen Reichstagswahlen.

Das Königreich Sachsen genießt im deutschen Reiche die traurige Ehre, diesmal über die Hälfte, ja fast zwei Drittel sämtlicher socialdemokratischen Abgeordneten des deutschen Reiches nach Berlin zu senden. Ein relativ starkes Contingent an Socialdemokraten hat Sachsen immer gestellt seit 1866. Im constituirenden Reichstage saßen, von sächsischen Wahlkreisen gekürt, Bebel und Schrapß. Zum ordentlichen Reichstag des norddeutschen Bundes entsendete Sachsen, Bebel, Liebknecht, Försterling, Mende, Göß, Schrapß; der Sachse Frißsche, Apostel der Cigarrenarbeiter, war am Rhein in einer Nachwahl durchgedrungen. Im Frühling 1871 vermochten die sächsischen Socialdemokraten nur zwei Oberpriester nach Berlin zu lanciren, Herrn Bebel und Herrn Schrapß. Dagegen haben die Januarwahlen dieses Jahres ihnen mehr sächsische Reichstagsitze eingetragen, als sie je im norddeutschen Parlamente besaßen; und, was die Hauptsache ist, ihre Candidaten haben 36 Procent aller Wahlstimmen (über 90,000) auf sich vereinigt.

Mag immerhin die nationalliberale Partei in Sachsen eine gleich große Zahl von Abgeordneten durchgesetzt haben, und mögen wir selbst bereitwillig

annehmen, daß alle sächsischen Abgeordneten außer den Socialdemokraten: Conservative, Nationale, Fortschrittsleute, der Reichsregierung und der Reichspolitik rebus sic stantibus treue Anhänger sein werden; die Erstarkung der Socialdemokraten regt gleichwohl die ernstesten Bedenken an. Es frommt nicht, sich damit zu trösten, daß die Januarwahlen zum Reichstag in Sachsen überhaupt Minoritätswahlen sind, daß reichlich $\frac{2}{5}$ von der halben Million Wahlberechtigter gar nicht gestimmt haben, ja daß diese saumseligen Staatsbürger aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn sie gewählt hätten, überall den Sieg socialdemokratischer Abgeordneten vereitelt haben würden. Das ändert nichts an dem vorliegenden Wahlergebniß. Und bei dem nächsten Wahlgang in drei Jahren wird voraussichtlich abermals ein starker Bruchtheil der Wahlberechtigten die Wahl verschlafen. Wie ernst auch die sächsische Regierung das Wahlergebniß auffaßt, erhellt wohl am besten aus einer Rede des Ministers v. Friesen bei Gelegenheit eines Zweckessens der zweiten sächsischen Kammer, in welcher er mit Rücksicht auf die Fortschritte der Socialdemokraten bei den Wahlen, allen reichstreuen Parteien, und namentlich den Anhängern der Regierung, ein energisches und festes Zusammenwirken zur Pflicht macht.

Diese Rede des Ministers ist selbst von den amtlichen und öffizösen Organen des Landes nicht mit lebhafterer Freude begrüßt worden, als Seiten der nationalen Presse. Bereitwilligst und ohne Zaudern bieten die vielgeschmähten Nationalliberalen in Sachsen die Hand zu gemeinsamem Bunde im Kampfe für das Reich denen, welche vor wenigen Monaten noch die bloße Existenz der nationalen Partei, geschweige denn ihr politisches Wirken, in der von Königl. Sächs. Staatsbeamten redigirten und inspirirten „Leipziger Zeitung“ als „ein Unglück fürs Land“ erklärten, und ebenda den Nationalliberalen „den Krieg bis aufs Messer“ verkündeten. Die Rede des Ministers v. Friesen ist eben ihrer weit höheren Einsicht wegen mit großer Freude überall im Lande aufgenommen worden. Denn man kann seine Worte unmöglich anders deuten, als dahin, daß er auch im Interesse der sächsischen Regierung, ein inniges Zusammenwirken aller reichstreuen Parteien für nothwendig hält. Damit ist indirect anerkannt, daß ein solches bisher nicht stattgefunden hat; ferner, daß der Minister sich verpflichtet hält, namentlich auch den Anhängern der Regierungspartei ein festes Bündniß mit den liberalen Parteien gegen die reichsfeindlichen Elemente des Landes anzuempfehlen; endlich, daß die Regierung ihrerseits bisher diese Empfehlung verabsäumte. Denn der Herr Minister hat doch bei jener feierlichen Gelegenheit sicherlich nicht bloß anerkannte Gemeinplätze berühren, sondern etwas neues sagen, ein tiefgefühltes aber wenig befriedigtes Bedürfniß zum Ausdruck bringen, und wo möglich auch der Befriedigung näher führen wollen. —

In der That kommt die Rede des Ministers, von dieser Seite betrachtet,

der Wahrheit außerordentlich nahe: der Wahrheit nämlich, daß die sächsische Regierung selbst an dem Ueberhandnehmen der Socialdemokratie im Lande nicht geringe Schuld trägt. Diese Schuld wird nicht etwa einzelnen der Minister, am wenigsten Herrn v. Friesen, persönlich beizumessen sein, auch nicht ausschließlich der heutigen Staatsregierung als Gesamtheit; denn diese Schuld ist nicht an einem Tage, oder etwa nur im Zeitraum der letzten Wahlperiode angesammelt worden. Vielmehr erndten wir auch auf diesem Gebiete noch heute die Früchte, welche die Beust'sche Aera in Sachsen gesät hat. Die ausschließliche Begünstigung materieller und materialistischer Bestrebungen, eine aller sittlichen Ideen baare Auffassung des öffentlichen Lebens und der Politik, die bei Alt und Jung durch Gunst oder Ungunst gebliffentlich genährte Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit gegen die nationale Idee und die preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen: das ist in Kürze die Signatur der Beust'schen Aera in Sachsen. Unter diesen Zeichen ist das Geschlecht herangewachsen, das heute das active Wahlrecht zum deutschen Reichstag erlangt hat. Wenn da die Socialisten bedeutende Erfolge erringen, so ist das so wenig zu verwundern, als wenn die Führer der Socialdemokratie längere Zeit hindurch im Lande regiert hätten. Denn wer die eben gegebene Charakteristik der Beust'schen Aera aus eigener Erinnerung als zutreffend anerkennt, wird auch frappirt sein von der Congruenz aller ihrer eigenthümlichsten Züge mit der politischen Anschauung unserer heutigen Socialdemokraten. Der Haß gegen ein kräftiges einiges Deutschland, die lebenswürdige Bundesgenossenschaft mit allen möglichen Feinden der deutschen Sache, die Identificirung des Magens mit der Kultur, des particularen Egoismus mit dem Staate, sind gemeinsame Hauptmerkmale zugleich des halben Menschenalters, in dem das herangewachsene Geschlecht die entscheidendsten Eindrücke für das Leben empfing, und zugleich der heutigen socialen Bewegung. Und wenn die heutige sächsische Staatsregierung bereits auf der Pariser Weltausstellung von 1867 und abermals im vergangenen Jahre in Wien die höchsten Auszeichnungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens errang, so wird doch niemand verlangen können, daß die Früchte dieser hervorragenden Pflege der Volksschule bereits heute zur Reife gediehen sein sollten; ganz abgesehen von der Frage, ob die französische und österreichische Jury ihre Preise an Sachsen wohl nach dem Gesichtspunkte ausgetheilt hat, daß Sachsen seine Landesfinder vor andern deutschen Staaten zu ganz besonders guten Deutschen heranbilde!

Seit 1866 hat nun allerdings die Regierung, wie keinen Augenblick geleugnet werden soll, sich die größte Mühe gegeben, mit den üblen Traditionen der Beust'schen Aera vollständig zu brechen, und sie hat in diesem Streben bei der nationalen Partei des Landes die kräftigste Unterstützung gefunden, während die sog. conservative d. h. particularistische Partei ebenso wie die 1848er Demokraten und die seit 1866 immer kräftiger sich regenden Socialisten grollend bei Seite standen oder nachdrücklich widerstrebten. Unter allen Parteien im Lande hat die nationale zugleich am eifrigsten dafür gesorgt, daß das Verständniß der neuen Staatsordnung in das Volk dringe, das bundes-treue Verhalten der sächs. Staatsregierung Anerkennung und Verständniß finde. Nicht ein Fall liegt vor, wo die nationale Partei und Presse die Regierung den Reichsfeinden gegenüber, zu denen übrigens die unbeherrschbaren sächsischen Hochtories ganz unbedenklich gerechnet werden können, im Stiche gelassen hätten. Die Meinungsdivergenzen zwischen der Regierung und den gesammten liberalen Parteien des Landes — nicht bloß der national-liberalen — haben sich immer nur um innere sächsische Angelegenheiten ge-

dreht, nie um das Verhältniß Sachsens zum Reich, unsrer Regierung zur Politik der Reichsregierung. Nach alledem hätte man annehmen sollen, daß die sächsische Regierung vor allem zur Correctur der von dem früheren sächsischen Premier verschuldeten antinationalen Erziehungsfehler, welche den Reichsfeinden bei uns so sehr zu statten kommen, nicht minder aber zu ihrer eigenen Kräftigung in dem leidenschaftlichen Widerstreit der Parteien, sich bereitwilligst auf die Führer der nationalen Partei stützen, mindestens denselben bei den Reichstagswahlen nicht Schwierigkeiten bereiten werde. Und was ist statt dessen geschehen? Seit dem Frühjahr vor. J. wurden die Nationalen unablässig in der von königl. Staatsbeamten redigirten, geschriebenen und überwachten officiösen „Leipziger Zeitung“ und von dem ganzen Chorus der von der Regierung „vinculirten“ Amtsblätter als „ein Unglück“ fürs Land bezeichnet, ihnen „der Krieg bis aufs Messer“ verkündigt; noch während der Wahlagitatio wurde ihnen durch die alten Fabeln von Annexionsbestrebungen u. s. w. aller Credit abgeschnitten, alles aufgeboten, ihren Candidaten überall den Sieg unmöglich zu machen, obwohl in mehreren Wahlkreisen die nationale Partei bereitwillig den Regierungscandidaten mit unterstützte. Die ungeheuerlichsten Erscheinungen sind hierdurch zu Tage getreten. In Dresden hat ein biederer Beamter für Joh. Jacoby gestimmt, weil er glaubte, die Regierung habe ihm den Wahlzettel, der diesen Namen trug, ins Haus geschickt; in Colditz, einem ackerbautreibenden Landstädtchen, hat der socialdemokratische Candidat mehr Stimmen erzielt, als der liberale und conservative zusammen; im Leipziger Landkreis haben die particularistischen Hochtorics v. Friesen und Graf Hohenthal an der Spitze der sog. „Fortschrittspartei“ die Wiederwahl des nationalen Abgeordneten hintertrieben; in P. — hat ein richterlicher Beamter der nationalen Partei in offenen Wahlaufrufen zucht hauswürdige Verbrechen angedichtet. Ueberall hat aus der Verwirrung, welche das Verhalten der Regierung angestiftet, nur eine Partei Erfolg davongetragen: Der Reichsfeind, die Socialdemokratie. Und der von königl. Staatsbeamten redigirten „Leipziger Zeitung“ erschien dieses Wahlresultat relativ erfreulich, weil die Nationalen einige Sitze dabei eingebüßt hatten.

Die nationale Partei Sachsens darf vielleicht die Hoffnung hegen, daß der Ausgang der jüngsten Reichstagswahlen ihr bei der Regierung eine andere Stellung und Würdigung verleihen wird, als bisher. Doch sind wir in dieser Hinsicht weit entfernt von Illusionen. Ein Toast macht keine Politik, eine Schwalbe keinen Sommer. Die nationale Partei wird unter allen Umständen ihren Weg gehen nach wie vor, sie wird ihre Pflicht thun, womöglich noch besser als bisher, und denselben Zielen zustreben, wie bisher: der Einheit, Macht und Freiheit Deutschlands. Die Gemeinschaft der Millionen gleichgesinnter deutscher Staatsbürger, die mit ihr streben, bietet ihr die Zuversicht, daß der Sieg ihr gehören muß. —

S. B.

Berichtigung.

In dem letzten „Briefe aus der Kaiserstadt“ muß es zu Anfang des zweiten Absatzes S. 156 heißen: „So nüchtern . . . ist das Geschlecht unserer Tage, zum mindesten die Bevölkerung der Hauptstadt. Ohne Zweifel ist diese prosaische Stimmung den praktischen Aufgaben . . . förderlicher“ u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.